

Nagold.

Zeitung:

Zinsen:

jederzeit

jährlich

Industrie

g. u. Dauer

nd. u. mehr

ständig-

gen auf

843

zept.

4 1/2 Uhr

gold die

ssion

Polisten von

stirung

in zu schli-

te Freunde

Konert an

Form von

Stadtschule-

entgegen.

Teil d. Bl.)

OLD.

895

ene

Brügel

Wode ein.

egen

Burgfr.

um Engel.

undes E. C.

er.

Uhr.

8 Uhr.

er.

8 Uhr.

Sammlungen herzlich

ienstordnung.

Gottesdienst

an Regald.

og Reminiscenz, 10.

11 Uhr

11 Uhr

11 Uhr

Beitrag zu jedem Werttag. Belegungen werden sämtlich Postzahlen und Postkosten entgegengenommen.

Belegpreis
im März 1.60
einzel. Teilerlöse,
insg. Nr. 10 Belegpfe,
Grunderlöse f. Anzeigen:
Die einseitige Zeile auf
gewöhnlicher Schrift oder
breiten Raum 12 Gold-
pfennige, Restanten 16
Goldpfennige, Familien-
aus 10 Goldpfennige. Bei
gehäuf. Schreibung und
Kursieren ist der Rabatt
höchstens 1/2.

Der Gesellschafter

Nachrichts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

mit der Heimatbeilage
„Unsere Heimat“

Nagolder Tagblatt

mit illustrierter Sonntagsbeilage
„Feierstunden“

Verantwortl. Red. und Verlag von G. W. Zeller (Hof-Gärtner Nagold)

Verbreitete Stellung im
Oberamt Nagold. — An-
zeigen sind dabei aus
beim Erfolg.

Das neue Tagblatt wird in
jedem Haushalt willkommen
sein. Es wird Ihnen ein
wichtiges Dokument sein,
das Ihnen ein klares Bild
von dem Leben in Nagold
und Umgebung gibt. Es
wird Ihnen ein wertvolles
Mittel sein, um sich über
die Ereignisse in Nagold
und Umgebung zu unter-
richten. Es wird Ihnen ein
wichtiges Dokument sein,
das Ihnen ein klares Bild
von dem Leben in Nagold
und Umgebung gibt.

Telegraphische Adressen:
Gesellschafter Nagold.
Postfachnummer:
Stuttgart 5113.

Nr. 65

Begründet 1826.

Montag den 17. März 1924

Preis pro Nummer 20.

98. Jahrgang

Tagespiegel

Die Reichstagswahl wird am 4. Mai stattfinden.
Die französischen Parlamentswahlen sollen Ende Mai stattfinden.
Einer Meldung aus Ungarn zufolge soll der türkische Innenminister ernannt worden sein.

Aus dem Hexentessel des Balkans

Südslavien hat seinen Frieden mit Italien gemacht, einen Bündnisvertrag abgeschlossen, Rumänien, den Balkan, preisgegeben, im Gegensatz zu den Wünschen der Kroaten und Slowenen, auch im Gegensatz zu den Friedensbestimmungen. Belgrad wollte freie Hand auf dem Balkan haben, davon steht freilich nichts im italienisch-jugoslawischen Bündnisvertrag.

Es besteht eine alte Fehde zwischen Serben und Bulgaren. Schon vor der Eroberung des Balkans durch die Türken, die schließlich beide unterjochten, haben diese beiden Völkergemeinschaften blutige Kriege um die Vorherrschaft geführt. Die Verhinderung liegt für Belgrad nahe, jetzt, wo die Bulgaren verbündet, einwohnen und zur Machtlosigkeit zurückgeführt sind, den alten Machtkampf endgültig auszutragen. Wer die Belgrader Zeitungen jetzt liest, findet das oft ausgesprochen.

Wenn man in Belgrad will, dann werden sich die Romantikerfinden, die man als Grund zum Einmarsch braucht, zur richtigen Zeit einstellen. Das ist am Balkan leicht.

Freilich sollte man glauben, das herrliche Königreich hätte an inneren Angelegenheiten, an verschiedenen Völkergemeinschaften gerade genug, aber der Macht- und Landhunger der serbischen Staatslenker ist eben so wenig befriedigt, wie der der Polen. Polisch sollte sich mit Russland verständigen, Rumänien aufgeben für nichts? Dazu ist der alte Polisch ein zu schlauer Diplomat und Realpolitiker. Wird er sich nicht nach der anderen, der Balkanseite, richten? Dort braucht das jetzt wohlgerüstete Serbien nur „spanische Wände“ einzufachen. In Wien sitzen die gegenwärtigen Machthaber schon davon, der Schwager des verjagten Königs könnte auch Saloniki, den alten Zankapfel, als Hort für Jugoslawien gewinnen wollen. Der Schwager des vorigen Königs wollte Saloniki nicht nehmen, lagen die Bulgaren, weil man es dann ihnen beim damals noch sicher erhofften Endsiege hätte lassen müssen. Der Einfluss Europas auf die Staaten des Balkans ist fast ausschließlich seit Deutschlands Niedergang, der Zerstückelung Österreich-Ungarns, der Wüstentüchtigkeit Russlands.

Man darf sich also nicht wundern, wenn das Frühjahr auf dem Balkan wieder Vermählungen bringen sollte. Einmal rückt man in Belgrad mit dem Säbel. Krieg zu erklären ist ja in den Zeiten des Völkerbunds gar nicht notwendig bei entschlossenen Gegnern. Man braucht nur Sanktionen zu beschließen. Ob die Bulgaren sich dagegen auch nur mit papierernen Protesten begnügen, ist fraglich. Wenn aber in Bulgarien die Hüften los, dann kann Jugoslawien seine Kreuz- und Querschwärze ausfahren.

Was aber würde die Schupstchina, das Parlament Jugoslawiens, dazu sagen? Wenn in Mitteleuropa die logenonnen Volksovertretungen zur Schau gestellt für die Blinden geworden sind, wenn in Italien das Parlament durch das bis zum Sieden gebrachte Nationalgefühl einfach in die Ecke gedrückt werden konnte und Mussolini sich mit Hilfe seiner Schwarzhemden zum Herrn Italiens machte, wird man bei den balkanisch gefühlten jetzigen Machthabern Belgrads, die in den letzten Jahrzehnten bewiesen haben, daß sie bei der Wahl ihrer Mittel nicht wählerisch sein, in der Schupstchina kein Hindernis sehen.

Auch der Führer der kroatischen Opposition, Raditsch, — die kroatische Bauernpartei hat 70 Abgeordnete, die bisher das Belgrader Parlament nicht betreten haben — hat mit seinem Protest in Rom nichts erreicht. Die feierliche Bundesstaatsbildung für Kroaten und Slowenen, heißt, wie die 14 Punkte Wilsons, im Papierkorb von Versailles. Auch Raditschs Flucht nach London und der Versuch, in England ebenso für die Rechte Kroatiens zu erreichen, ist ergebnislos geblieben. Völkerrache, hinter denen keine Macht steht, zählen bei den kaufmännisch rechnenden Engländern nicht, auch wenn Mac Donald Ministerpräsident ist.

Raditsch ist jetzt in Wien. — Die kroatische Opposition will nun doch nach Belgrad gehen, um gegen den der parlamentarischen Anerkennung bedürftigen Bündnisvertrag mit Italien zu stimmen. Dann hätte Raditsch keine Mehrheit in der Schupstchina. Wenn aber mittlerweile bulgarische Kommandos in Mazedonien aufstehen? Der geistige Vorkämpfer ist ein sehr erfahrener Balkanpolitiker!

Der Hitlerprozeß

Neue Beweisanträge der Verteidigung

München, 15. März
In der Nachmittags-Sitzung am Freitag bringt RA. Holl einen Brief zur Verlesung, in dem die Mitteilungen aus der Rede des Herrn v. Kuffner beim 33. Stiftungsfest des Korps der Bayern, die Herr v. Kuffner bezweifelt hatte, aufrecht erhalten wird.

Vorliegender: Das Gericht hat in Erwägung gezogen, dem Angeklagten Hitler wegen der schweren Beleidigung des Generals v. Lossow (Hitler hat ihm in der Vorbemittlungsbuch vorgetragen) in eine Haftstrafe zu nehmen. Ich vermahne ihn, sich endlich Reue zu zeigen, da das Gericht sich möglicherweise gezwungen sieht, an eine Abtrennung des Verfahrens gegen Hitler und dessen Verweisung vor den Staatsgerichtshof zu denken.

RA. Kuffner: Hitler hat es nicht aus der Luft gegriffen, daß der Zeuge Lossow sein Wort gebrochen hat. Die Öffentlichkeit habe ich, alle näheren Umstände darzulegen. Aber ich übergebe ein Beweisangebot und werde nachher die Persönlichkeiten, deren Glaubwürdigkeit nicht bezweifelt werden kann, dafür benennen, daß das Ehrenwort von Lossow gebrochen wurde und der Zeuge sogar gesagt hat: „Ich löse mich ja auch einen Meißelbauern nennen“.

RA. Schramm erklärt die Verteidigung hätte die Beweisanträge einer Revision unterlegen. Die bisher eingereichten Beweisanträge bitte die Verteidigung als gegenstandslos zu betrachten, da sie einen neuen Beweisantrag formuliert habe. Die Anwälte bitten hinsichtlich 23 Punkten Beweis an. Hierdurch würde die Vernehmung von Zeugen in großer Zahl notwendig.

Die Verteidigung behält sich über diese Anträge hin, vor Beweis dafür anzutreten, daß das Unterschweinen Hitler in den norddeutschen vaterländischen Kreisen und in der norddeutschen Reichswehr so starken Widerhall gefunden habe, daß es zu einer militärischen Auseinandersetzung überhaupt nicht gekommen wäre, und diese Verbände, wie auch die meisten Kreise Norddeutschlands, auf ein Vorgehen von Bayern aus warteten.

RA. Kuffner bietet Beweis dafür an, daß Lossow im Frühjahr sein Wort gebrochen und seinen Wortbruch einstanden habe.

RA. Holl stellt an Polizeioberst Seifert die Frage: Haben Sie in einer Versammlung der Polizeioffiziere am 27. Oktober gesagt: „In Berlin ist eine Judenregierung Kuffs Absicht ist es, von Bayern aus Deutschland zu lenken. Die Reichsregierung wird gestürzt, ein Ministerium wird eingesetzt, zum Zweck des Vormarsches auf Berlin werden Teile der Landespolizei bereitgestellt. Wenn die Regierung oder der Landtag Schwierigkeiten machen, wird Kuff nicht zögern, sie abzuwehren und als Diktator zu regieren.“

Seifert: Ich bin sämtliche Offiziere, 50-60, als Zeugen an, daß ich solchen Unfug nicht gesagt habe. Der Wortlaut meiner Rede ist falsch wiedergegeben, weil wir einen Marsch nach Berlin für vollkommen unmöglich hielten.

RA. Holl: In dieser Sache wird ein umfangreiches Beweisangebot eingereicht, da zufällig ein Stenogramm über diese Versammlung vorhanden ist. Haben Sie überhaupt einen Ausweis ausgehändigt, wonach er in Bayern nicht verhaftet werden darf?

Seifert: Ehrhardt kam zu mir und bat um einen Ausweis für eine Reise nach Nürnberg. Den Ausweis habe ich selbst geschrieben.

Rechtsanwalt Kuffner macht darauf aufmerksam, daß in weiten Kreisen darüber Unmut bestehe, daß nur ein paar Personen hohen Stands vernommen wurden. Die Rechte der Angeklagten dürfen unter keinen Umständen verfürzt werden, besonders auch nicht nach der Seite der Glaubwürdigkeit der vernommenen Zeugen. Die Angeklagten können mindestens geltend machen, daß ihnen das Bewußtsein der Rechtsmässigkeit gefehlt hat, denn sie wußten und haben, daß die höchsten Justiz- und Militärbehörden das gleiche wie sie selber tun, daß die Kronzeugen, eigentlich Mitangeklagte, den gleichen Marsch nach Berlin wollten. Denken Sie weiter — erklärte Rechtsanwalt Kuffner — an die Frage der Notwehr. Es gibt ja auch eine Notwehr, wenn dem Staat eine Gefahr droht. Hitler hat vorgefragt, wie ein neues Finanzgenie das wertvollste Gut der Nation, die Eisenbahnen, veräußern will. Sie müßten auch nach dieser Richtung einen Beweis zulassen.

Nach einer Pause verkündet das Gericht folgenden Beschluß: Der Zeuge von Lossow, der sich ohne Erlaubnis vom Ort der Vernehmung entfernt hat, wird zur Freigang der durch sein Nichterscheinen verursachten Kosten sowie zu einer Vernehmung des Zeugen am Samstag angeordnet. Ferner wird angeordnet die Ladung einer Reihe von Zeugen für Samstag und Sonntag, u. a. Geheimrat Döberl, Hauptmann Berden, Prof. Bauer, Sanitätsrat Wittinger, Kapitänleutnant Ehrhardt, Korvettenkapitän Kautler, Admiral Scheer, Graf Goden und Rechtsanwalt Kuffner.

16. Verhandlungstag

Ein Brief des Kardinals Faulhaber — Lossow verweigert das Erscheinen

Bei Beginn der Verhandlung am Samstag verliest der Vorsitzende eine Richtigerklärung des Kardinals Faulhaber zu den Darlegungen des Generals Ludendorff. Der Kardinal habe von dem Man eines Zusammenstoßes Bayerns und Ostpreußens und der Abtrennung vom Reich nichts gewußt. Die Behauptung, der Kardinal habe während seiner Amerikareise die Verfertigung der „Kuffner“ als völkerrassendebig bezeichnet, sei unrichtig. Weiter habe er in Amerika niemals über die Schuldfrage gesprochen. Schließlich wird zu der Behauptung Ludendorffs, der Kardinal sei während des Hoch-Raubensprozesses in Amerika gewesen, erklärt, wenn damit die Auffassung vertreten werden sollte, der Kardinal hätte Grund gehabt, diesem Prozeß auszuweichen, so wäre das eine weitere unwahre Behauptung.

Zu diesen Darlegungen erklärt Ludendorff, er behalte sich vor, nach dem Stellung zu nehmen.

Hierauf teilt der Vorsitzende ein Schreiben des Generals v. Lossow mit, worin dieser das Erscheinen vor dem Gericht ablehnt.

Das Gericht schreibt sodann zu der Vernehmung des Zeugen Universitätsprofessor Geheimrat Döberl. Der Zeuge, der vereidigt wird, gibt seine Eindrücke im Bürgerbräuereier wieder. Er habe bei diesen Vorgängen keinen Anstoß an dem Ernst Dr. v. Kuffs gesehen, den er aus verschiedenen Gründen einer Verstellung nicht für fähig halte. Dagegen habe er bei Lossow den Eindruck gehabt, daß es diesem nicht ernst war.

Zeuge Kaufmann Hans Helmuth bezeugt zu dem „Händedruck“. Kuffner habe die von Hitler hingehaltene Hand ergriffen und heftig geschüttelt.

Hauptmann Hans Berge von der Landespolizei gibt an, er sei Verbindungsoffizier von der Polizeidirektion zu General Danner gewesen. Lossow sei bei seinem Eintritte über die Behandlung im Bürgerbräuereier außerordentlich erregt gewesen. Für ihn habe der Eindruck bestanden, daß Lossow nicht ernstlich mitmache.

Kaufmann v. Hierach soll darüber Auskunft geben, daß Professor Bauer im Einverständnis Kuffs an verschiedenen Abenden öffentlich zum Marsch nach Berlin aufgefordert habe. Zeuge erinnert sich an eine Besprechung der Bezirksführer der vaterländischen Bezirksvereine München, wo Professor Bauer geäußert habe, das wichtigste sei nunmehr, gegen Berlin energisch vorzugehen. Diese Äußerung sei jedoch nur im Sinn eines gewissen Drucks zu verstehen gewesen. In seinen weiteren Darlegungen ist jedoch Zeuge der Auffassung, daß es sich um einen tatsächlichen Marsch nach Berlin gehandelt habe. — Da hier ein Widerspruch in der Aussage liegt, wird die weitere Vernehmung dieses Zeugen in geschlossener Sitzung beschlossen.

Professor Dr. Wilhelm Bauer, Vorsitzender der Beauftragten vaterländischen Verbände bezeugt: Er habe in Berlin in einem Kreis gesprochen, dem Abgeordnete aus allen Teilen des Reichs beimohnten. Gegenüber gewissen Richtungen, die auf Bestrennung abgesehen, habe er besonders betont: „Nicht los von Berlin!“ und habe dann hinzugefügt: „Auf nach Berlin!“ In einer Versammlung im Justiz-Krone in München habe er zum Ausdruck gebracht, daß man der Berliner Regierung den Befehlen eines speziellen Kuffner-Buchens nicht machen dürfe. Die Frage, ob Kuffner tatsächlich einmal von einem Marsch nach Berlin gesprochen habe, verneint Zeuge.

Gegen diese Aussage wendet sich der Angeklagte Döberl: Sie widerspricht dem, was er selbst im Generalkonstanz-Kommissariat gehört habe.

Rechtsanwalt Kuffner fragt Bauer, ob er einem Herrn gegenüber auf dessen Frage: „Warum hätte denn Kuffner den Marsch nach Berlin unternommen können und Hitler nicht?“, geantwortet habe: „Das darf man nicht sagen, sonst kommt Kuffner vor den Staatsgerichtshof.“

Zeuge Bauer bestritt diese Worte nicht, er könne sich aber nicht mehr genau an die Worte erinnern.

Auf eine Frage des Vorsitzenden, wo die Verlesung ausgearbeitet worden sei, erklärt Bauer: „In Berlin, in den Kreisen des vaterländischen Verbände.“ Weiter sagt Zeuge aus, er habe selbst in Berlin angefragt, es wäre höchste Zeit, etwas zu unternehmen. Man müsse aber vorher etwas schaffen. Darauf sei ihm geantwortet worden: „Das ist schon da.“ Weiter wisse er nichts über diese neue Verlesung.

Die Frage der Verleumdung, ob die ihm unterstellten Verbände die Sache als geschehen betrachtet hätten, falls Kuffner mitgemacht hätte, beantwortet Zeuge dahin, das könne er weder vernennen noch bejahen, weil die Entscheidung in den Verbänden hätte fallen müssen.

Rechtsanwalt Kuffner erwähnt seinen Besuch bei Hitler in Landsberg, wo Hitler ihm erklärt habe, jetzt wäre die Ehrenwortfrage geklärt. Bauer habe ihm (Hitler) erzählt, daß Kuffner selbst nicht mehr behauptet, daß dieses Ehrenwort gebrochen sei.

Zeuge Bauer bezeugt, er habe mit Hitler gesprochen, daß es wohl zweckmäßig wäre, daß vor Gericht die Ehrenwortfrage aller der Herren in der Sache anerkannt würde. Er könne sich erinnern, daß er festgestellt, daß Hitler ihm sagte, dem Oberst Seifert habe er sein Ehrenwort unter Bedingungen gegeben.

Hierauf stellt Justizrat Schramm die Frage, ob die vaterländischen Verbände, insbesondere der „Kampfbund“ das geflügelte Wort vom „Marsch nach Berlin“ so auffassen mußten und ob der Zeuge zugebe, daß speziell der „Kampfbund“ dieser Annahme kein dürfte.

Bauer bezeugt, daß es dann leider durchaus in aufgeführt wurde. Man wolle aber erst nach Berlin kommen, wenn man uns dort ruft.

Justizrat Schramm: Man hätte also den äußersten Umstand der Hungerrückmarsche dazu benutzt, um sich an die Regierung zu legen?

Bauer: Es wäre dann unsere Schuldigkeit gewesen,

sch wird zu der Behauptung Ludendorffs, der Kardinal sei während des Hoch-Raubensprozesses in Amerika gewesen, erklärt, wenn damit die Auffassung vertreten werden sollte, der Kardinal hätte Grund gehabt, diesem Prozeß auszuweichen, so wäre das eine weitere unwahre Behauptung.

Zu diesen Darlegungen erklärt Ludendorff, er behalte sich vor, nach dem Stellung zu nehmen.

Hierauf teilt der Vorsitzende ein Schreiben des Generals v. Lossow mit, worin dieser das Erscheinen vor dem Gericht ablehnt.

Das Gericht schreibt sodann zu der Vernehmung des Zeugen Universitätsprofessor Geheimrat Döberl. Der Zeuge, der vereidigt wird, gibt seine Eindrücke im Bürgerbräuereier wieder. Er habe bei diesen Vorgängen keinen Anstoß an dem Ernst Dr. v. Kuffs gesehen, den er aus verschiedenen Gründen einer Verstellung nicht für fähig halte. Dagegen habe er bei Lossow den Eindruck gehabt, daß es diesem nicht ernst war.

Zeuge Kaufmann Hans Helmuth bezeugt zu dem „Händedruck“. Kuffner habe die von Hitler hingehaltene Hand ergriffen und heftig geschüttelt.

Hauptmann Hans Berge von der Landespolizei gibt an, er sei Verbindungsoffizier von der Polizeidirektion zu General Danner gewesen. Lossow sei bei seinem Eintritte über die Behandlung im Bürgerbräuereier außerordentlich erregt gewesen. Für ihn habe der Eindruck bestanden, daß Lossow nicht ernstlich mitmache.

Kaufmann v. Hierach soll darüber Auskunft geben, daß Professor Bauer im Einverständnis Kuffs an verschiedenen Abenden öffentlich zum Marsch nach Berlin aufgefordert habe. Zeuge erinnert sich an eine Besprechung der Bezirksführer der vaterländischen Bezirksvereine München, wo Professor Bauer geäußert habe, das wichtigste sei nunmehr, gegen Berlin energisch vorzugehen. Diese Äußerung sei jedoch nur im Sinn eines gewissen Drucks zu verstehen gewesen. In seinen weiteren Darlegungen ist jedoch Zeuge der Auffassung, daß es sich um einen tatsächlichen Marsch nach Berlin gehandelt habe. — Da hier ein Widerspruch in der Aussage liegt, wird die weitere Vernehmung dieses Zeugen in geschlossener Sitzung beschlossen.

Professor Dr. Wilhelm Bauer, Vorsitzender der Beauftragten vaterländischen Verbände bezeugt: Er habe in Berlin in einem Kreis gesprochen, dem Abgeordnete aus allen Teilen des Reichs beimohnten. Gegenüber gewissen Richtungen, die auf Bestrennung abgesehen, habe er besonders betont: „Nicht los von Berlin!“ und habe dann hinzugefügt: „Auf nach Berlin!“ In einer Versammlung im Justiz-Krone in München habe er zum Ausdruck gebracht, daß man der Berliner Regierung den Befehlen eines speziellen Kuffner-Buchens nicht machen dürfe. Die Frage, ob Kuffner tatsächlich einmal von einem Marsch nach Berlin gesprochen habe, verneint Zeuge.

Gegen diese Aussage wendet sich der Angeklagte Döberl: Sie widerspricht dem, was er selbst im Generalkonstanz-Kommissariat gehört habe.

Rechtsanwalt Kuffner fragt Bauer, ob er einem Herrn gegenüber auf dessen Frage: „Warum hätte denn Kuffner den Marsch nach Berlin unternommen können und Hitler nicht?“, geantwortet habe: „Das darf man nicht sagen, sonst kommt Kuffner vor den Staatsgerichtshof.“

Zeuge Bauer bestritt diese Worte nicht, er könne sich aber nicht mehr genau an die Worte erinnern.

Auf eine Frage des Vorsitzenden, wo die Verlesung ausgearbeitet worden sei, erklärt Bauer: „In Berlin, in den Kreisen des vaterländischen Verbände.“ Weiter sagt Zeuge aus, er habe selbst in Berlin angefragt, es wäre höchste Zeit, etwas zu unternehmen. Man müsse aber vorher etwas schaffen. Darauf sei ihm geantwortet worden: „Das ist schon da.“ Weiter wisse er nichts über diese neue Verlesung.

Die Frage der Verleumdung, ob die ihm unterstellten Verbände die Sache als geschehen betrachtet hätten, falls Kuffner mitgemacht hätte, beantwortet Zeuge dahin, das könne er weder vernennen noch bejahen, weil die Entscheidung in den Verbänden hätte fallen müssen.

Rechtsanwalt Kuffner erwähnt seinen Besuch bei Hitler in Landsberg, wo Hitler ihm erklärt habe, jetzt wäre die Ehrenwortfrage geklärt. Bauer habe ihm (Hitler) erzählt, daß Kuffner selbst nicht mehr behauptet, daß dieses Ehrenwort gebrochen sei.

Zeuge Bauer bezeugt, er habe mit Hitler gesprochen, daß es wohl zweckmäßig wäre, daß vor Gericht die Ehrenwortfrage aller der Herren in der Sache anerkannt würde. Er könne sich erinnern, daß er festgestellt, daß Hitler ihm sagte, dem Oberst Seifert habe er sein Ehrenwort unter Bedingungen gegeben.

Hierauf stellt Justizrat Schramm die Frage, ob die vaterländischen Verbände, insbesondere der „Kampfbund“ das geflügelte Wort vom „Marsch nach Berlin“ so auffassen mußten und ob der Zeuge zugebe, daß speziell der „Kampfbund“ dieser Annahme kein dürfte.

Bauer bezeugt, daß es dann leider durchaus in aufgeführt wurde. Man wolle aber erst nach Berlin kommen, wenn man uns dort ruft.

Justizrat Schramm: Man hätte also den äußersten Umstand der Hungerrückmarsche dazu benutzt, um sich an die Regierung zu legen?

Bauer: Es wäre dann unsere Schuldigkeit gewesen,

nach unfererlei unsere Aufgabe zu erfüllen. Nur eine weitere Frage gibt Zeugnis an, „Kohr habe für die Zukunft die Verhütung vom „Marck nach Berlin“ nicht verboten wissen wollen; er habe nur gesagt, daß diese Fassung nicht glücklich geprägt sei.

Hierauf zieht sich das Gericht zur Beschlußfassung über den Antrag des Staatsanwalts zurück, wonach bei der Berechnung des Zeugen Loß und bei den weiteren Auslagen des Zeugen van Hiera die Unschuldhaftigkeit auszusprechen ist. Das Gericht beschließt nach dem Antrag des Staatsanwalts und verurteilt gleichzeitig den Beschluß, daß General v. Hoffmann wegen Verbleibens von der heutigen Sitzung in die dadurch entstehenden Kosten und außerdem zu einer Geldstrafe von 50 Mark, evtl. fünf Tage Haft verurteilt wird.

Darauf wird der Saal geräumt.

Neue Nachrichten

Reichstagswahl am 4. Mai

Berlin, 16. März. Eine Verordnung des Reichspräsidenten legt die Hauptwahl zum Reichstag auf 4. Mai fest. Die Zentrumspartei veröffentlicht bereits ihren Wahlauftrag in der „Germania“.

Die Kommunisten haben laut B. Z. im Bezirk Chemnitz zwischen den Kandidaten als ersten auf ihre Kandidatenliste gesetzt.

Parteienstreit

Berlin, 16. März. Der preussische Landtagsabgeordnete Wiedemann ist aus der Deutschen Volkspartei zur Deutschnationalen Volkspartei übergetreten. Er begründet den Schritt damit, daß die Deutsche Volkspartei unter Stresemanns Führung sich nach links verriegen habe.

Der Anschlag gegen Seckl

Berlin, 16. März. In dem Verleihen gegen Thormann-Grandel wegen des Anschlags gegen General v. Seckl soll Dr. Grandel in der Voruntersuchung ausgesagt haben, der Anschlag sei ein Teil eines großen Umsturzplans gewesen, über den auch mit Herrn v. Kohr verhandelt worden sei.

Troffene Zustände

Eberfeld, 16. März. In der Baresbiederstraße wurde nachts eine Streifenwache der Schutzpolizei von jungen Burschen angegriffen. Ein Wachmeister wurde ohne weiteres erschossen, andere Polizisten überwältigt und der Wache beraubt.

Der Hafnarbeiterstreik

Hamburg, 16. März. Infolge des Ausfalls der Hafnarbeiter liegt eine große Zahl von Seeschiffen an den Landspitzen und in der Elbe, die nicht entladen werden können. Von der Technischen Hochschule sind 530 Mann eingeteilt, um leicht verderbliche Lebensmittel zu löschen. — In Bremen kam es zu Zusammenstößen der Arbeiter mit der Polizei.

Anschlag auf Herrn v. Kohr

München, 14. März. Wie die „Münchener Post“ meldet, werden sich in den nächsten Tagen wegen Mordversuchs an Herrn von Kohr zu verantworten haben: Der Kellner Karl Bräuer, Buchhalter Richard Seidel, Bergbeamter Otto Kleeemann, Filmschauspieler Walter Barthel und Schuhmacher Friedrich Holzinger. — Von einem solchen Anschlag war bis jetzt nichts bekannt geworden.

Geisler, die man nicht mehr los wird

Wien, 14. März. Der Völkerverbund hat beschlossen, daß die Finanzüberwachung Oesterreichs durch den Völkerverbund früher aufhören dürfe, bis alle vom Völkerverbund und dem Kommissar angeordneten Reformen restlos durchgeführt und der österreichische Staatshaushalt völlig ins Gleichgewicht gebracht seien. In Oesterreich ist man über diese Anordnung aufs höchste betroffen, da nach der Vereinbarung die Überwachung mit Schluss dieses Jahres ihr Ende finden und Oesterreich seine volle Finanzhoheit wieder gewinnen sollte. Es soll geplant sein, daß der Nationalrat eine förmliche Kundgebung gegen den Beschluß des Völkerverbundes veranstalte. — Die deutsche Reichsregierung wird sich die läche Erfahrung Oesterreichs merken müssen.

Der Ausschlag der Kommunisten auf den französischen Eisenbahnbetrieben

Paris, 14. März. Die Kammer lehnte eine Anfrage des kommunistischen Abgeordneten Rognan über die Wiedererrichtung von 20 000 Eisenbahnen, die bei dem Eisenbahnerstreik 1920 entlassen worden waren, mit 360 gegen 210 Stimmen ab, nachdem Verkehrsminister Traquair die Verknüpfung gelehrt hatte. Der Minister erklärte, Rognan verlange die Wiedererrichtung, weil die Entlassenen Kommunisten seien und ihr Einfluß auf die Eisenbahngewerkschaften viel geringer geworden sei. Dafür sei aber auch die Zahl der Eisenbahnunfälle erheblich zurückgegangen.

Das alte Lied

Paris, 14. März. Im Senat hielt Voltaire eine Rede, in der er ausführte, durch den Angriff auf den Franken habe man Frankreich zur Räumung des Ruhrgebiets zwingen wollen. Die ausländischen Sachverständigen haben jedoch anerkannt, daß Frankreich mit der Besetzung recht gehandelt habe. Jede französische Regierung müsse dieselbe Politik verfolgen. Die Beziehungen zu den Verbündeten seien vorzüglich und in der internationalen Lage gebe es nichts, was den Frontensatz rechtfertige. — Die bösen Deutschen sind wieder an allem schuld.

Mac Donald weiß von nichts

London, 14. März. Der Abgeordnete Hanon fragte im Unterhaus, ob die Regierung Kenntnis von dem Vorhandensein großskaliger Erschütterungen an der französischen Vermeerkantalle habe, die eine genügende Tragweite hätten, um die englische Küste zu bedrohen. Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt antwortete, die Regierung habe keinerlei Kenntnis davon und beschlossene nicht, bei der französischen Regierung darüber Vorstellungen zu erheben.

Steigung in der bayerischen Textilindustrie

München, 16. März. Durch einen Vermittlungsvorschlag des Sozialministeriums ist der Lohnstreit in der bayerischen Textilindustrie beigelegt. Die jetzige Übergangslage wird ab 18. März von 7 auf 12 Prozent erhöht. Wird die Wochenarbeit über 48 Stunden verlängert, so tritt eine weitere Erhöhung um 3 Prozent ein.

Vom Völkerverbund

Genf, 16. März. Der Völkerverbund hat das vom Ausschuss des Völkerverbunds und der litauischen Abordnung abgeschlossene Abkommen über das Memelgebiet genehmigt und ferner entschieden, daß die Polen auf der wichtigen Insel Hain im Danziger Hafen eine Niederlage von nichterlöblichem Kriegsgerät unterhalten dürfen.

Zu Mitgliedern der Regierungskommission des Saargebiets hat der Völkerverbund an Stelle des bekannten Heiter den früheren christlichen Gewerkschaftsführer Berliner Germania-Richtung) Fohmann und an Stelle des Dänen Wolke-Hulst den Spanier Espinosa de los Monteros gewählt, während die nordischen Mitglieder wieder einen nordischen Kandidaten vorgeschlagen hatten. Die Ernennungen entsprechen keineswegs den Wünschen der Saarbevölkerung.

6 Stimmen Mehrheit

Paris, 16. März. Nach einer Rede Volcaires, in der er die Finanzvorlage der Regierung verteidigte, wurde der entgegenstehende Antrag des Finanzausschusses des Senats mit 154 gegen 141 Stimmen abgelehnt und der Teil der Vorlage, der die Regierung ermächtigt, die Einnahme mit einer Milliarde durch Verrechnung durchzuführen, mit 154 gegen 139 Stimmen angenommen. — Bei der Abstimmung waren 7 Minister beteiligt.

Drohender Kohlenarbeiterstreik in England

London, 16. März. Die Vertreterversammlung der Kohlenarbeiter hat das Angebot der Arbeitgeber abgelehnt und die Regierung aufgefordert, dem Unterhaus eine Vorlage über Mindestlöhne der Kohlenarbeiter vorzulegen. Wenn bis 17. April, wo der Arbeitsvertrag abläuft, keine Einigung erzielt ist, soll der Ausbruch beginnen.

Bewachung an den Kasernen

Bern, 16. März. Der schweizerische Bundesrat hat den Kasernen in Territet aufgefodert, jede politische Tätigkeit zu unterlassen, da ihm sonst die Aufenthaltserlaubnis entzogen werden müsse. — Anlaß dürfte die Kundgebung Abdul Rochids an die Pressevertreter gegeben haben, in der er gegen seine Abführung und die Verbannung aus der Türkei Widerspruch erhebt.

Verleihen Republik

London, 16. März. Reuter meldet aus Teheran, die Reformpartei in der Nationalversammlung, die jetzt die Mehrheit hat, werde das Programm des Ministerpräsidenten, das die Republik einführen will, unterstützen. — Der Schah ist schon lange vom Land abwesend, am in Italien und Frankreich dem Vergnügen nachzugehen.

Württemberg

Stuttgart, 16. März. Verränderung des Wahlsystems. Dem Landtagsausschuss für innere Verwaltung lag der Gesetzentwurf zur Änderung des Wahlsystems vor. Der Berichterstatter Hanter macht folgende Vorschläge: Die Wahlen sollen sich wieder wie früher auf den Oberamtsbezirken aufbauen, wobei die Zahl von 56 Bezirken angenommen sei. Außerdem sollen 24 Abgeordnete auf Grund der Landliste gewählt werden, die Gesamtzahl der Abgeordneten würde also von 101 auf 80 herabgesetzt werden. Jede Partei kann entweder in jedem Oberamtsbezirk einen besonderen Wahlvorschlag machen oder in mehreren zu einem Wahlkreis verbundenen Bezirken einen für die verbundenen Bezirke gemeinsamen Wahlvorschlag aufstellen. In einem solchen Wahlkreis sollen bis zu 6 Bezirke verbunden werden können. Die Wahlzettel sollen die Vorschläge sämtlicher Parteien enthalten, der Wähler hätte dann die ihm nicht genehmen Listen zu bezeichnen. — Die Vorschläge fanden im allgemeinen keinen Widerspruch, die Fraktionen wollen sie jedoch noch im einzelnen beraten. Ferner wird die Frage erörtern, ob die württ. Landtagswahlen mit den kommenden Reichstagswahlen zusammengelegt werden sollen.

Vom Rathaus. Der Gemeinderat hat 60 000 Mark zur Erwerbung von Mietswohnungen an Wohnungsbaufläche bewilligt; es handelt sich um die Errichtung von etwa 1.0 Wohnungen. — Die Einwohnersteuer ist für Männer und Frauen auf 4 A erhöht worden. — Die Hundsteuer wurde von 10 A auf 40 A für den ersten, von 15 auf 80 für den zweiten und von 20 auf 120 A für den dritten Hund mit Wirkung ab 1. April erhöht. In Stuttgart gibt es zur H 12 000 Hunde, während vor dem Krieg 9500 vorhanden waren und ihre Zahl während des Krieges bis auf 4000 sank.

Vom Tage. In einem Haus der Llanonstraße verpfändete sich eine 39jährige Frau durch Leuzigas. — Von der König-Roths-Brücke stürzte sich ein Mann in den Neckar. Er rief um Wasser um Hilfe, bis ihm aber ein Rettungsnetz zugeworfen werden konnte, war er schon ertrunken.

In einem Hause der Rosenbergsstraße sprang abends ein 26 Jahre alter Buchhalter in selbstmörderischer Wut aus einem Fenster des zweiten Stockwerks in den Hof. Er erlitt einen Schädelbruch und mußte nach dem Katharinenhof ins Krankenhaus gebracht werden. — Bei der Dornhalde stürzte ein Holzhauer infolge des Stätteltes die 30 Meter hohe Felsung hinunter. Pferde und Fuhrmann blieben unversehrt.

Aus dem Lande

Reisingen a. J., 14. März. Ueberfahren. Der 26-jährige Sohn des Schreinermeisters Baumgartner wurde, als er einem Kraftwagen ausweichen wollte und stürzte, überfahren und getötet. Die Familie hat schon an Weihnachten einen älteren Sohn durch einen Unglücksfall verloren.

Heilbronn, 15. März. Kommunisten vor Gericht. In Heilbronn wurde am 26. Oktober ein mit zwei Pferden bespanntes Fuhrwerk der Reichswehr von Kommunisten, meist Arbeitern der Germania-Aluminiumwerke, zerfallen. Der Wagen wurde nach Waffens durchsucht, doch wurden keine gefunden. Der bei dem Fuhrwerk befindliche Reichswehrsoldat wurde ausgeraubt. Vier Arbeiter wurden ihm Pistole, Seitengewehr und Federrevolver abgenommen. Infolge dieser Vorgänge hatten sich mehrere Kommunisten wegen Landfriedensbruchs vor der Strafkammer zu verantworten. Verurteilt wurden die Arbeiter Walter und Kümmele wegen eines Verbrechens des Landfriedensbruchs zu 7 bezw. 6 Monaten Gefängnis. Paul Kon wegen eines Verbrechens dieser Art zu 4 Monaten Gefängnis und wegen eines gleichen Verbrechens zur Mindeststrafe von 3 Monaten Gefängnis, die Angeklagten Walther, Kircher, Kefste, Binder, Kärstmann und Heußel. Die Angeklagten Käpke und Braun wurden freigesprochen. In der Urteilsbegründung hob der Vorsitzende hervor, daß auf diesen in der Zeit des Ausnahmezustandes begangenen Verbrechen eigentlich die Todesstrafe stehe. Man müsse aber den Angeklagten zugute halten, daß sie sich in der aufgeregten Zeit in einer gewissen „Psychose“ befanden.

Eberach, 15. März. Der neue Polizeikommissar. Kriminaloberwachmeister Köchler aus Stuttgart ist vom Gemeinderat als Polizeikommissar für Eberach gewählt worden.

Reisingen, 13. März. Brand. Der Sägemühlsturm der Firma Göttschick u. Wenz ist heute früh vollständig abgebrannt. Das Kesselhaus wurde nur wenig beschädigt.

Mengen, 14. März. Unglücksfall. Durch einen zerplatzenden 3 Meter hohen Schießstein in der südlichen Röhre wurde der 20jährige Schleifer Eugen Horn von Reisingen tödlich verletzt.

Wett im Schönbuch, 14. März. Der Vorkentäfer. Die schöne Poppelreihe am See bei Wett mußte umgeplant werden, weil die Bäume vom Vorkentäfer heimgejagt waren.

Ludwigsburg, 14. März. Jagdverpachtung. Die Gemeindejagd der Markung Ludwigsburg (etwa 1100 ha.) ist an den höchstbietenden, Fabrikant Ernst Sigle in Kornwestheim, auf die Dauer von 6 Jahren für jährlich 5000 M verpachtet worden.

Heilbronn, 14. März. Explosion. Beim Aben eines schiefen Benzinkanisters explodierte dieser. Der 13jährige Sohn des Flaschnermeisters Grabenstein erlitt dabei tödliche Brandwunden.

Auswanderung. Nach der amtlichen Zählung befanden sich unter den 115 000 Auswanderern des Jahres 1923 12 700 Württemberger.

Turnier in Eberach. Am 19. März findet in Eberach als Abschluß eines sechsmonatigen Ausbildungskurses im Reiten, Fahren, Pferdebau, Pferdepflege und Pferdevormerker ein Turnier statt. Näherer Ausverkauf ereicht Herr Gutspächter Lang, Königshofen 22, Eberach. Beste Jugendverbände: Schwabinger, Stuttgart-Friedrichshafen, an Eberach 11.30 vormittags.

Schramberg, 15. März. Schenkung. Zur Erinnerung an die 75. Wiederkehr des Geburtsstages von Kommerzienrat Erhard Jungbans haben die Angehörigen der Stadt ein Grundstück am Sonnenberg zum Geschenk gemacht.

Zukunft des Landtags

Wie wir hören, wird der württ. Landtag am kommenden Freitag, den 21. März, zu einer kurzen Sitzung zusammenkommen, in der einige kleinere, jedoch wichtige und dringliche Gesetzentwürfe, die zum Teil eine Änderung der für die Landtagswahlen geltenden Bestimmungen bezwecken, beraten werden sollen.

Der Ev. Volksbund zu den Wahlen

ev. Zu den bevorstehenden Reichs- und Landtagswahlen hat der Vorstand des Ev. Volksbundes, der in Württemberg 200 000 Wähler umfaßt, folgende Ausbeugung beschlossen: Für die kommenden Wahlen mit ihren Kämpfen ruhen wir unsere Volksgenossen, insbesondere die Parteiführer, die Wahlredner und die Zeitungen aller Parteien auf, alles zu tun, damit die Kämpfe vornehm und sachlich geführt und die unermesslichen Gegensätze nicht durch Verhetzung und Verleumdung in verächtlich werden, daß nachher ein Zusammenarbeiten zum Wohl unseres bedrängten Vaterlands unmöglich wird.

Seine Mitglieder bittet der Ev. Volksbund, in ihren Parteien folgende drei Forderungen zu vertreten bezw. mit solche Parteien zu unterstützen, die ihnen entsprechen:

1. Bei Aufstellung der Kandidatenlisten sollen Sachverständige nicht bloß für das wirtschaftliche, sondern auch für das kulturelle Gebiet Berücksichtigung finden.
2. Die christliche Grundlage des Volkslebens und vor allem die christliche Schule muß unserem Volk erhalten bleiben.
3. In der heutigen Entscheidungslage des sozialen Lebens darf nicht einseitig die Macht des Arbeitgebers oder des Arbeitnehmerlebens, sondern muß die Volksgemeinschaft das Ziel sein.

Württemberg. Landestheater

Großes Haus, 17. März: Faust I. Teil (6—10.30). — 18. Madame Butterfly (7.30—10). — 19. A 28: Orestes (7.30—9.15). — 20. B 29: Die Sabin (7—10.30). — 21. A 28: Orestes (7—9.45). — 22. Lohengrin (6—10). — 23. Carmen (6.30—10). Kleines Haus, 18. F 28: Hüt dich vor stillem Wasser (7.30—9.30). 20. G 28: Oedipus der Tyrann (7.30—9). — 21. Charleys Tante (7.30—10). — 22. Sondermiete für Auswärtige 14: Oedipus der Tyrann (7.30—9). — 23. Margarete: Adam Müller-Gutenbrunn (11.15—12.45). Der arme Strödel (6.30—9.30). — 24. A 29: Hüt dich vor stillem Wasser (7.30—9.30).

Täglich kann abonniert werden.



Aus Stadt und Land.

Regeld. den 17. März 1924.

Die neue Silbermark wird gegenüber dem Gold einen Metallwert von 25 Pfennig haben. Wenn man die Prägungskosten hoch auf 5 Pfennig veranschlagt, wird also das Reich von jedem neuen Markstück einen Münzgewinn von 20 Goldpfennig haben, an den 2- und 3-Markstücken entsprechend mehr. Die früheren Silber-Markstücke einen Metallwert von 40 bis 50 Pfennig.

In Oesterreich werden zurzeit die neuen Silber-Schillinge geprägt. Die Kupfermünzen sollen Silber genannt werden, eine Bezeichnung, die früher in Niederdeutschland vielfach für Groschen üblich war.

Fruchtvermehrung für Kunstbäuer. Nach einer Mitteilung des Reichsministeriums für Landwirtschaft werden die Fruchtstücke für Kunstbäuer ermäßigt.

Nach nicht genügend bekannt scheint zu sein, daß für die Beförderung von lebendem Vieh für Entfernungen von 450 Kilometer und darüber vom 15. Februar bis 31. Mai d. J. eine Fruchtermäßigung besteht, die für Rindvieh der Klasse S 2 30 Prozent, für Schweine der Klassen S 2 und 4 und für Schafe der Klasse 4 20 Prozent beträgt.

Eisenbahnfahre. Von Montag, 17. ds. Mo., an, wird die Stuttgarter Abteilung der Schnellzüge D 85/86 zwischen Friedrichsfeld Nord und Frankfurt a. M. getrennt von der Badener Abteilung durchgeführt: Stuttgart ab 9.12 vorm., mit D 18, Heidelberg 11.10—20, Weinheim an 11.47, Darmstadt an 12.22, Frankfurt a. M. an 12.52 nachm., und Frankfurt ab 5.20 nachm., Darmstadt ab 5.50, Bensheim ab 6.13, Weinheim ab 6.28, Friedrichsfeld Nord ab 6.44, Heidelberg 6.53 bis 7.10, Stuttgart an 9.32 abends (D 91).

Die Verwendung von Zahlungsmitteln nach dem Auslande darf nur bis zum Betrage von 60 Goldmark oder dem entsprechenden Wert in ausländischer Währung ohne Vermittlung einer Bank erfolgen. Bei Beträgen im Werte von mehr als 60 Goldmark muß sich der Abnehmer der Vermittlung einer Bank bedienen. Wertpapiere, zu denen auch die Dollarobligationen und die Goldanleihe gehören, dürfen ohne Rücksicht auf den Wert nur durch Banken nach dem Auslande versandt werden. Vor Ausfuhrnahme der Bank ist die Abgabe einer Kapitalabwanderungserklärung an das Finanzamt nötig. Die Postüberwachungsstellen müssen Briefsendungen, in denen sie Beträge von mehr als 60 Goldmark oder Wertpapiere, also auch Dollarobligationen oder Goldanleihe sind, anhalten und dem zuständigen Finanzamt zwecks Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Abnehmer zuführen. In diesem Verfahren wird regelmäßig nicht nur der Abnehmer mit Strafe belegt, sondern auch der in dem Briefe vorhandene Vermittler, wenn er zugunsten des Abnehmers für dessen Verfall erklärt.

Verbandsrat. Der Landesverband selbständiger Dekorierer, Sattler und Tapeziere von Württemberg und Hohenzollern E. B. hält den 17. Verbandstag, der mit einer großen Hausausstellung verbunden sein wird, am 20. und 21. Juli in Stuttgart ab.

Gartenarbeiten in den nächsten Wochen

In diesem Jahre macht es der langanhaltende Winter schwer, den Garten, wie man es in den feuchteren milden Wintern gewohnt war, frühzeitig zu beordern und teilweise zu bestellen. Es häuften sich deshalb mit Eintritt des warmen Wetters die Arbeiten, so daß jede freie Stunde am Tag dazu verwendet werden muß, trotzdem ist auch hier die Zeit mit der Arbeit und jede Überforderung vom Uebel.

Im Obstgarten sind die Bäume und Obststräucher, wenn dies noch nicht geschehen ist, noch vor dem Trieb auszusäugen und zu schneiden. Hierbei ist das Augenmerk auf eine leichte Krone zu richten, damit die Sonnenstrahlen zu allen Zweigen gelangen können und ihnen ihre lebenspendende Kraft zugute kommt. Im Drang zu neuem Leben sind trotz der anhaltenden Kälte überall bereits geheime Kräfte am Werk, und Säfte freieren schon in den Gehäusen, die die in den Zweigen angehäuftten Saftstoffe lösen und den Knospen zuführen und zu ihrer Entfaltung bereithalten. Aber die frühe Kälte dieser Säfte wird oft dem Baum selbst zum Verhängnis, wenn plötzlich harter Frost nach warmen Tagen in der Nacht eintritt. Dann erstarren die Wasserströme zu Eis, das bei seiner Entthauung das Holz des Stammes zerkratzt und mitunter größere Teile abspaltet. Diese Frostschädigungen, die der Fachmann als Frostfressen und Frostplatzeln bezeichnet, heilen meist nur sehr schwer und können den Untergang des Baums herbeiführen. Darum ist es wichtig, den verhängnisvollen Wirkungen der Sonnenstrahlen durch einen kalten Schutz des Stammes und der stärkeren Teile vorzubeugen. Seine weiße Farbe schützt die Rinde vor Sonne und in ihrem Übermaß ihre Wirkung. Auch das Vorstellen eines Bretts auf der Südseite des Stammes ist von gleichem Erfolg. Schließlich verläumt man eine Dünung der Obstbäume und -sträucher mit verrottetem Mist oder Kompost nicht. Auch Saude ist sehr gute Dienste, die man in 40 Zentimeter tiefe Gruben (entweder unter der Kronentraufe geht) für einen Zwergbaum genügen etwa vier (10 Liter) können, bei einem älteren Baum entsprechend mehr.

Im Gemüsegarten werden, sobald der Boden sich erwärmt hat und abgetrocknet ist, die ersten Beete für die Aussaat, zunächst der langsam keimenden Samen der Zwiebeln, Karotten und Petersilie hergerichtet. Es ist von großem Vorteil für die Erntezeit der Sprosslinge, wenn man wenigstens die Oberfläche der Beete mit Kompost oder etwas fingerfein bedeckt und in diese die Samen streut.

Ferner können im Lauf des Monats ausgefüt werden: Spinat, Schwarzwurzel, Pastinaken, Erbsen, Spargel, Fenchel, Radies und Rettiche sowie die Gemüskräuter: Dill, Fenchel, Kerbel usw., gegen Ende des Monats früher Kapuziner, dessen Beet gegen Vogelraub mit dunkler (nicht hellen) Erde freudig und quer überspannt werden.

Als Dünger muß jetzt allenfalls bereits verwehrt Stallmünger oder Komposterde verwendet werden, da frischer Mist erst dann die gewünschte Wirkung hat, wenn seine Nährstoffe durch die vollständige Verwesung aufnahmefähig für die Pflanzen geworden sind. Da durch den Fäulnisprozess des Mistes eine nicht unbeträchtliche Wärme erzeugt wird, kann eine frühe Düngung besonders bei monotonen

Niederfröhen für den Pflanzenwuchs im Frühjahr leicht vorkommen werden. Ferner muß vor einem frühzeitigen Auspflanzen entzweigt gewarnt werden.

Im Blumengarten werden die Rabatten in Ordnung gebracht, umgegraben, alle Wurzelstöcke herausgenommen, geteilt und an andere Stellen gepflanzt. Neue Stauden werden gepflanzt und gleichzeitig Wägen ausgebeigert. Die Rosen werden von ihrer Umhüllung befreit. Der Rasen ist von der Komposterde, die im Vorwinter darüber gestreut wurde, mit dem Rechen zu reinigen. Gegangene Stellen werden frisch eingefeilt, demnach Blöße durch Lieberstreuen von Kalkt ausgemergelt. Abgängiger Rasen ist am vorzuziehen ganz umzugraben und von neuem einzulegen. Danach überspannt man auch für die ganze Fläche mit dunkler Erde, sonst wird sie von den Spinnen geplündert. Jetzt können auch schon die Zimmerpflanzen umgetopft werden. Für winterbedürftige Pflanzen nehme man leichte, für die übrigen gegen Kalttauspflanzen schwere, aber nahrhafte Erde.

Allerlei

Für die 30. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, die vom 27. Mai bis 1. Juni in Hamburg stattfindet, sind bereits 300 Rinderherde und 400 Stück Rindvieh und in ähnlicher Zahl Schafe, Schweine und Ziegen angemeldet. Für die Maschinenherde haben sich 700 Firmen gemeldet.

Oesterreichische Kinderhilfe. Der Gemeindevorstand für Wohlfahrtsangelegenheiten in Wien nahm einen Antrag an, weitere 420 Kinder aus Deutschland in Heimpflege zu nehmen. Zum Ankauf von Wäsche und Kleibern für deutsche Waisenkinder wurden 45½ Millionen Kronen bewilligt.

Der Storch hat sich in Biberach a. N. wieder häuslich niedergelassen.

Schiffsuntergang. In der Älischen Rüste ist der japanische Dampfer „Ofata“ mit der ganzen Besatzung und fast allen Reisenden untergegangen.

Der Riesenstern Andromeda, der von dem bekannten Nebel umgeben ist, nähert sich nach den gleichzeitigen Berichten der Sternwarten in Rom und Argona (Ver. Staaten) mit einer Geschwindigkeit von 30 000 Kilometern in der Sekunde der Erde. Die Andromeda ist einer jener tausend Hysterne, die die Sternforscher als einen Bereich von alten Sternen, die mit unseren unzulänglichen Mitteln schwer verfolgbar sind, bezeichnen: in ihrer ungeheuren Entfernung von unserer Heimat Erde erscheinen die Sterne der Andromeda als eine unermessliche und unendliche Nebelmasse. Die Forscher konnten nun die Geschwindigkeit berechnen, mit der sich der Abstand zwischen dem Sternensystem der unheimlichen Andromeda und der Atmosphäre unserer Heimat und in jeder Sekunde verringert. So unermesslich groß auch die Schwindgeschwindigkeit von 30 000 Kilometern ist, mit der der Andromeda-Nebel unseren Sonnensystem nähert, ein Zusammenstoß zwischen unserem kleinen Sonnensystem und dem Riesenstern Andromeda ist darum doch „vorläufig“ nicht zu befürchten, da sich der Andromeda-Nebel von unserer Erde in einer Entfernung von 22 000 Lichtjahren befindet. Es würde daher selbst im schlimmsten Fall einige Millionen Jahre dauern, bis der Andromeda-Nebel unser Sonnensystem mit Haut und Haar verschlingen wird.

Ein Feld der Aufrichtigkeit. Der englische Dichter Long hat bei seinem letzten Besuch der Vereinigten Staaten die Zeitungsbekanntmachung zur Verzeihung gebracht, indem er durchaus nichts aus sich herausbringen ließ. Einer der Berichterstatter fragte ihn, ob er die Stellung von Longhake zum Alkoholverbot für richtig halte. „Wer ist denn dieser Longhake?“ fragte Longhake. Da sich der Zeitungsmann die Geduld „Schließlich werden Sie sogar sagen, daß Sie auch von ihm noch nichts gehört haben?“ meinte er empört. „Was für einen Adam meinen Sie?“ sagte Longhake freundlich.

Die verführerischen Perlen. Auf einem vom Major von Comorbstein in Graz gegebenen großen Empfang vor der Kaiserin herbeiführte ihr Perlenkoffer im Werte von 80 000 Mark Kronen im Saal. Von den zusammengeleiteten Perlen fehlten die schönsten Stücke. Die Frau des Gastes hatte sie zurückbehalten. Sie wurde verhaftet und hat ein Gefängnis abgeleitet.

Briefe nach Petrograd unbeselbar. Die russische Postverwaltung teilt mit, daß vom 1. Juni dieses Jahres an Briefe, die die Ortsbezeichnung Petrograd tragen, nicht mehr befördert werden. Von diesem Tag an gibt es für die russische Post nur noch „Leningrad“. Das ist jetzt das Wichtigste in Russland. Petrograd ist die Stadt Petersburg. Sie wurde im Krieg als Zeichen des Hasses gegen Deutschland in Petrograd umgetauft. Aus Haß gegen das Jarentum soll sie jetzt Leningrad heißen, und in absehbarer Zeit wird man sie wieder — Petersburg nennen.

Die schnellsten Tiere. Ein englischer Tierforscher hat eine Reihe von Untersuchungen und Beobachtungen angestellt, die die Geschwindigkeiten der einzelnen Tiere festzustellen. Wenn alle Vierfüßler der Schöpfung dahin gebracht werden können ein Wettrennen zu bestreiten, so würde der erste Preis dem Windhund schwerlich entgehen, dessen Schnelligkeit häufig 1250 Meter in der Minute übersteigt. Ihm kommt am nächsten das Pferd mit 1100 Meter, die Giraffe mit 900, der Tiger mit 800, das Renntier mit 850, der Wolf mit 570 und der Hase mit 400 Metern. Unter den Vögeln ist es die Preislaube, die den Schnelligkeitsrekord mit 1290 Meter in der Minute hält. Ihr kommt am nächsten der Albatros, der hinter dieser Leistung nur wenig zurückbleibt. Unter den Fischen legt der Delfin mühelos in der Stunde 31 Kilometer zurück. Der Kachs durchschwimmt 27, der Haring 22 Kilometer und die Wille in der Geschwindigkeit hält trotz seiner ungeschickten Körpergestalt und Länge der Walhai, der es auf 23 Kilometer in der Stunde bringt.

Eisen können, der nie Parier genommen. Und immer im Irden ist geschwommen! Doch wird dir jener auch nicht kommen. Der nie darüber hinaus will kommen.

Gottfried Keller.

Handelsnachrichten

Dollarkurs 4216 Millionen Mark (am).

Frankfurter Bank: 20,25 gegen 1 Pfd. Sterling und 21 gegen 1 Dollar.

Annahme des Notenumsatzes auf 612,9 Millionen. Im ersten Drittel des März hat sich der Notenumsatz der Reichsbank um 25 auf 612,9 Millionen Papiermark erhöht.

Neues Städtewerk. Die Stadt, Wallein und Coblentz verabsichtigt, in Reichenbach bei Teichwitz (Frankenwald) ein neues Städtewerk neben Oppau und Leuna zu errichten.

Berliner Getreidepreise, 15. März. Weizen mäh. 16,50—17,20, Roggen 14,20—14,10, Sommergerste 22,25—22, Hefer, mal. 10,50 bis 11, Weizenmehl 25—26,75, Roggenmehl 21—23,20, Meie 8,20—10,00, Hafer 200—310.

Frankfurter Getreidepreise, 14. März. Weizen 18,5—18,75, Roggen 16,25—16,5, Sommergerste 22,25—22, Hefer, mal. 10,50 bis 11, Meie La Meie 10,5—10, Weizenmehl 27,25—28, Roggenmehl 24—24,75, Meie 9,5—10,25.

Chemnitzer. Berlin 10—14, Göttinger Markt 11—13, Oberberger 11—13, Schließler 11—13, Siedländer 10—12, Weidener 11—14.

Polenverhältnisse in Frankreich. Der Finanzrat des französischen Senats beschloß, das Vielexport von 25 auf 30 Centimes und ebenso die Einfuhrgebühr zu erhöhen, was eine Mehreinnahme von 70 Millionen Franken ergeben soll.

Russisches Erdöl. Die „D. Wg. Ztg.“ berichtet, die Firma Hugo Stinnes habe durch einen Vertrag mit dem russischen Erdöl-Produzenten die Einfuhr von Erdöl nach Deutschland, Tschechoslowakei und Skandinavien erworben.

Angarisch-serbischer Handelsvertrag. Zwischen Angara und Serbien soll ein Handelsvertrag auf der Grundlage des österreichisch-ungarischen Vertrags abgeschlossen werden.

Fruchtpreise in Regeld. Markt am 15. März 1924.

Zugelüb:	Wegeln	6,21	Zentner
	Weisse	50 50	
	Schwarz	40 37	
	Waldfrucht	7 52	
	Wasser	3, —	
	Niederbieren	2 50	

Verkauf:	Wegeln	40,51	Str.,	11, —	bis 12,50	M. p. Str.
	Weisse	44,50		10,50		11, —
	Schwarz	34 37		8, —		9, —
	Waldfrucht	7 52		10,50		—
	Roggen	1,50		10, —		—
	Waldfrucht	2 50		8, —		—

Wegeln und Wasser nur vorwärts b. Waldfrucht.

Rückführ Fruchtmarkt Samstag 22. März 1924.

Wegeln. Auf dem Schloßplatzmarkt wurde bezahlt für Ostern und Kinder 1. Klasse 42—46, 2. Klasse 32—38, Farben 28—37, Rühn 29—30, Schokolade 72—75 und Käse 55—60 4 je Pfd. Gebührgewicht.

Specklingen, 15. März. Schweinemarkt. Zugelüb 36 Milchschweine zu 21—22 Mark das Stück.

Wegeln, 15. März. Schweinemarkt. Zufuhr 400 Milchschweine. Preis pro Paar 50—75 Mark.

Specklingen, 15. März. Fruchtmarkt. Es notierten pro 100 Kilogramm 200, Weizen 620, Gerste 970, Hefer 650 Mark.

Stuttgart, 15. März. Fruchtmarkt. Der Markt ist wieder gut besetzt, namentlich in an Vieh und Butter kein Mangel. Junge Kälber, Lämmer und Schafkälber erlösten im zunehmender Menge zu 20 bis 60 4 die 100 Kilogramm. Im allgemeinen sind die Preise für Vieh, Lämmer, Kälber und Schafkälber 2, 3 bis 2,40, frühe Eier 12 bis 14 4, b. St. Weiz 17—19, Gerst 22—25, Erbsen 24—30, Hülsen 20—45, Bohnen 20—30 4 b. Pfd., Getreide 1—1,20 4. Str.

Specklingen, 15. März. Vieh- und Schweinemarkt. 76 geführte 34 Stück, 10 Farben wurden nicht verkauft 14 Ostern und Ostern (Preis 415—430 4), 80 Rühn (Preis 250 bis 280 4), 95 Kälber (Preis 300—350 4, 37 Wochen trächtige 500 4), 150 Stück Jungvieh (Preis 1/2jährig 80 4, 1/3jährig 120 4, 1/4jährig 145 4, 1/5jährig 160 4, 1/6jährig 220 4). Handel lebend. Auf dem Schweinemarkt wurden 60 Stück zugelöhrt. Preis für ein Stück 28—30 4. Alles verkauft.

Schweinemarkt Württemberg, 15. März. Dem heutigen Schweinemarkt waren 49 Stück Milchschweine und 15 Kälberschweine zugelöhrt. Preis für Milchschweine 30—32 4 und für Kälberschweine 50—60 4 je Stück.

Specklingen, 14. März. Schweinemarkt. Zufuhr 87 Milchschweine. Verkauft wurden 65 Stück zum Paarpreis von 50 bis 64 Mark.

Devisenkurse in Millionen

Berlin	14. März		15. März		D.M.
	Gold	Deut.	Gold	Deut.	
Schweden	100 Gold.	156,61	157,20	156,11	157,20
Dänemark	100 Kr.	16,66	16,74	16,66	16,74
Norwegen	100 Kr.	56,78	57,04	56,78	57,04
Schweden	100 Kr.	65,44	65,78	65,44	65,78
Schweden	100 Kr.	110,71	111,28	110,71	111,28
Wien	100 Sch.	18,06	18,14	18,06	18,14
London	1 Pfd. Sterl.	18,055	18,145	18,055	18,145
Frankfurt	100 M.	4,19	4,21	4,19	4,21
Dresden	100 M.	19,25	19,25	19,05	19,10
Schweden	100 Kr.	72,82	73,18	72,82	73,18
Osaka	100 Yen	54,36	54,94	54,36	54,94
S. Ozean	100 000 Kr.	6,08	6,12	6,08	6,12
Drac	100 Kr.	12,21	12,29	12,21	12,29
London	100 000 Kr.	5 58	5 62	5 58	5 62
Argentinien	1 Peso	1,495	1,425	1,395	1,460
Tokio	1 Yen	1,795	1,805	—	—
Japan	100 000 Yen	72,21	72,59	72,01	72,39

Das Wetter

Der Hochdruck im Osten wird auch am Dienstag trocken, nachts frostig, tagsüber milderes Wetter bewirken.

Wenigwichtige Todesfälle.

Colm: Emma Bud, 22 J.; Hub. Sch. 71 J.; Georg Kappler. Kuppenheim: Jakob Wilmmer, Bauer, 80 J. Weinsheim: Job. Brenner, Sattler, 80 J. Pöhlmann: A. b. W. P. path. Bauer, 73 J.

Blut und Nerven

Wissen Sie, wann Sie krank sind? Wie empfinden Sie das? 1—2 kleine Gläserchen des berühmten Serravallo'schen Blut- u. Nervenmittels zu trinken. Serravallo'sches Blut- u. Nervenmittel wirkt rasch und nachhaltig, ist für Kinder und Kranke geeignet. Serravallo'sches Blut- u. Nervenmittel ist in allen Apotheken erhältlich, bitte vorsichtig! Serravallo'sches Blut- u. Nervenmittel S. M. S. Serravallo, S. M. S.

517



